

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsschifft: Tageblatt Riesa.  
Gesetz Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgerichte und den  
Städtischen Behörden der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Finanzamts Meißen.

Postcheckkonto: Dresden 1530  
Girokonto: Dresden 1530

Nr. 5.

Montag, 7. Januar 1924, abends.

27. Jahrg.

**Der Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie.**

Mittrausenbotum für die Fraktionsmehrheit.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten und Landtagsauflösung gefordert.  
Der Landesparteitag  
der sächsischen Sozialdemokraten.

Dresden. Der sozialdemokratische Landesparteitag, der am Sonntag im bissigen Landtagssaal tagte und an dem 104 Teilnehmer, meist Abgeordnete des linken Parteianteils, teilnahmen, hatte darüber zu beschließen, ob die sozialdemokratische Partei an der roten Koalition teilnehmen soll. Aus Berlin waren vom Parteivorstand erschienen Wels, Dittmann und Hilferding. Von der SPD-Koalition waren anwesend die Abgeordneten Bisch, Braun, Brüder, Schmidt und Nölke. Nach leidenschaftlicher Diskussion nahm der Parteitag folgende

## Geschlussung

mit 77 gegen 16 Stimmen an:

Der Landesparteitag der USPD stellt fest:

- Die aus 25 Genossen bestehende Mehrheit der Landtagsfraktion hat in der Landtagsbildung am 4. Januar mit der Volkspartei und den Demokraten eine Regierung gebildet und damit den Beschluss des Landesparteitages vom 2. Dezember, der ausdrücklich jede Koalitionsbildung von der vorherigen Zustimmung des Parteitages abhängt, gebrochen. Sie hat mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Ministerpräsidenten gewählt und ist voll verantwortlich für die Entwicklung der Fraktion.

Dieses Verhalten der Fraktionsmehrheit ist ein großer Bruch der Fraktionsmehrheit und bildet einen beispiellosen Vorwurf in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Der Tatsachenbruch wiegt nun so schwer, als die Landtagsfraktion selbst es war, die die Entscheidung des Parteitages verlangt hat und trotzdem zwei Tage vor Statthaften des Parteitages die Entscheidung vorgenommen.

Die Fraktionsmehrheit hat sich ferner dem Beschluss des Parteitages widerstellt, der die Kompetenz der Fraktion festlegt und die Entscheidung über alle wichtigen politischen Fragen den Landesräten und einer Vertretung der Fraktion in neuer räumlicher Vereinigung überträgt. Die Landesräte sind bei den letzten Verhandlungen der Fraktion völlig ausgeschlossen worden.

Der Parteitag spricht deshalb der Fraktionsmehrheit das scharfe Misstrauen aus und willigt die Haltung der 15 Genossen der Fraktionsminderheit, die durch eine öffentliche Erklärung ihren ablehnenden Standpunkt getrennt dem Parteitag beschlossen präsentieren.

2. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten ist eine glatte Unterwerfung unter die Gewaltmehrheit der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatssekretär und Reichssekretär die Verhinderung der sozialdemokratischen Positionen und die Bildung einer Großen Koalition anstrebt. Diese Unterwerfung würde die Handlungsfreiheit der Partei vernichten.

## Zur Koalitionsregierung.

1. Die linksstehende "Dresdner Volkszeitung" handelt in ihrer Sonnabendnummer die Bildung der Koalitionsregierung Heldt mit Hilfe der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit und schreibt u. a.: Das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit bedeutet einen Bruch, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung kein Beispiel hat. Genosse Wirth hat im Landtag mit einer Erklärung begründet, warum es die 25 Männer vorenthalten, für die große Koalition zu stimmen, noch ehe ein Landesparteitag geöffnet hat. Das wie das Verhalten der Fraktionsmehrheit verurteilen, haben wir gestern schon erklärt. Wir sagen damit nicht, daß wir gegen jedes Zusammensehen mit bürgerlichen Parteien sind. Unser Koalitionsstandpunkt ist bekannt. Wie leben in einem Kabinett, in dem die Sozialdemokratie die Mehrheit und dadurch die ausslaggebende Bedeutung hat, durchaus ein politisches Mittel, soziale Fortschritte zu erreichen und die Interessen der Arbeiterschaft nachdrücklich wahrzunehmen. Nachdem uns die Kommunisten den Stuhl vor die Tür gelegt haben, handeln wir in Sachen vor der Notwendigkeit, eine neue Regierung zu bilden, wobei die Sozialdemokratie als starke Partei nicht gut drauf bleiben konnte, wenn sie nicht die Verantwortung für ein bürgerliches Minderheitskabinett übernehmen wollte. Nur darum ging es noch, ob man die legitime Entscheidung dem Volke überließ, ob durch die Landtagsauflösung den Wählern die Möglichkeit gegeben werden sollte, eine sozialdemokratische Mehrheit ins Parlament zu schicken. Wir sagen: eine Möglichkeit. Entschieden werden sollten, die Wähler anders, so hatten sie die Verantwortung für die künftige Regierung, und nicht wir.

## Gesselsch. Verabschiedung.

Der aus dem Umsteigende Ministerpräsident Gesselsch verabschiedete sich, wie die Staatskanzlei mitteilt, am Sonnabend mittag 1 Uhr von den Beamten und Angestellten der Staatskanzlei und des Ministeriums des Auswärtigen, wobei er allen für die bewiesene große Ehrlichkeit dankte und bat, in gleicher Weise auch unter dem neuen Ministerpräsidenten zu arbeiten. Ministerpräsident Heldt

entschuldigte die Ablehnung der Großen Koalition durch die Fraktionsmehrheit.

3. Am Sonnabend nach dieser Feststellung veranlaßt der Parteitag den Rücktritt des Ministerpräsidenten und den Auftakt an das Volk und fordert von der Fraktion, für die Auflösung des Landtages sofort mit allen Mitteln einzutreten. Wird die Landtagsauflösung im Landtage nicht erreicht, so ist der Volksaufstand durchzuführen.

4. Der Landesparteitag fordert ausdrücklich von der Landtagsfraktion, daß sie diesen Beschlüssen entsprechend handelt. Nach § 23 des Reichstagsstatutes sind die örtlichen Organisationen und die Bezirksorganisationen gehalten, gegen Parteimitglieder vorzugehen, die beharrlich die Durchführung der Parteiauflösungen verweigern.

5. Der Parteitag fordert die Parteiagenten im Lande auf, trenn in den Versammlungen des Landesparteitages zu stehen und von jeder Spaltung abzusehen, kommt sie, woher sie möge, und ihr mit rücksichtsloser Energie entgegen zu treten. Angeleitet der Zusammenbildung aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat ist mehr als je die Aufrechterhaltung einer einigen und durchaus schlagfertigen Sozialdemokratie das Gebot der Stunde."

Abgeordneter Wirth gab dann eine

## Erklärung der Fraktionsmehrheit

ab, in der es heißt, daß die Fraktion bereit sei, für ihre Steilnahme vor dem Lande sowie den gesamten Partei die volle Verantwortung zu tragen. Sie sei sich der Tatsache ihrer Handlungswelt in vollstem Maße bewußt und werde bei der Bedeutung des von ihr gesuchten Beschlusses die Entscheidung des am 30. März d. J. tagenden Landesparteitages anstreben, der die Grundlinien für die sozialdemokratische Politik zu bestimmen habe.

Noch einer vierstündigen Verdagung nahm der Parteitag zu dieser Erklärung wie folgt Stellung:

"Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erläutert der Landesparteitag, daß die USPD in Sachsen nach dem auf dem Landesparteitag am 6. Januar 1924 gefassten Beschlüsse an dem Kabinett Heldt nicht beteiligt und für diese Koalitionsregierung nicht verantwortlich ist. Der Parteitag fordert, daß trotz der Erklärung der Fraktionsmehrheit seine Beschlüsse entsprechend der angenommenen Resolution durchgeführt werden."

## Abschluß aus der Partei.

Weiter wurde ein Antrag Leipzig (Völkisch) angenommen, nach dem die an der Opposition beteiligten Geistlichen aus disziplinarischen Gründen aus der Partei ausgeschlossen sind. Voraussichtlich die Herausgabe eines "Mitteilungsblattes" gegen die Katastrophenpolitik der Partei in Sachsen war für diesen Antrag und seine Annahme bestimmt.

Oben Abschluß stand die Tagung in einer demagogischen Note des Landtagsabgeordneten Arzt.

richtete zunächst Worte des Dankes an seinen Amtsvergänger und bat die Beamten und Angestellten, ihm selbst mit Vertrauen entgegenzukommen, wie er ihnen ebenfalls volles Vertrauen entgegenbringe. Der Leiter der Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulz, dankte dem scheidenden Ministerpräsidenten für die den Beamten und Angestellten ausgesprochene Anerkennung und gelobte dem neuen Präsidenten des Gesamtministeriums Namens der Amtswendenden treue und gewissenhafte Pflichterfüllung.

## Der Abschied Fleischner.

Die Staatskanzlei teilt mit: Am Sonnabend verabschiedete sich Minister Fleischner von den Beamten des Ministeriums für Volksbildung. Er wies darauf hin, daß der diesmalige Regierungswechsel nicht auf ein Vorgehen der Militärbehörden, sondern auf legale Maßnahmen des Landtages zurückzuführen sei. Der Minister sei in seiner fast dreijährigen Amtszeit stets bestrebt gewesen, eine grundlegende Linie zu wählen, die vorwärts und aufwärts weist. Er durfte auch auf einige Erfolge zurückblicken und habe bei seinem Schied nur den Wunsch, daß das, was er an angefangenen wichtigen Arbeiten hinterläßt, weitergeführt werde. Ministerialdirektor Michel betonte, daß die Amtsführung des scheidenden Ministers dem sächsischen Volksschulwesen für lange Zeit den Stempel aufdrücken werde. Alle unter der Amtsführung des Ministers Fleischner zuständigen Neuerungen würden ihm den Dank weiter

übertragen. Frankreich ist ungewöhnlich unter Spannung aller diplomatischen Kräfte dabei, sein europäisches Bündnis, wem zu befreien und auszubauen. Das neue Rußland hat immer wieder gezeigt, daß es nicht gewillt ist, bis ans Ende der großen Linie der Weltpolitik auszuhallen zu lassen, obwohl es im Innern in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung immer noch starke Widerstände zu überwinden hat. Wehr noch als in der Gegenwart werden aber in Zukunft alle Staaten nicht darum herum kommen, sich mit Rußland irgendwie auseinanderzusetzen zu müssen. Frankreich

hat bisher versucht, das ehemalige gegen Deutschland gerichtete arme Ostbündnis durch die Einhaltung und wirtschaftliche wie militärische Stärkung Polens zu erhalten. Dieser Verlust hat den leidenden Verhältnissen in Paris bisher wenig Freude gemacht. Die Ereignisse der jüngsten Zeit beweisen, daß Frankreich im Bereich ist, der Kolonien aus dieser Sicht zu leben. Die Städte nach Rußland hinunter beginnen sich auffällig zu verstärken.

Frankreich hat immer noch zwei ruhige Ecken im Norden. Einmal hält es auf den verschiedenen Wegen der Vereinigung zur Sowjetregierung aufrecht. Auf der anderen Seite hat es verstanden, die einflussreichen Führer der Revolution immer mehr von Berlin und München nach Paris hinzuziehen. Ende des vergangenen Jahres ist der Botschafter der Sowjetunion beim deutschen Kaiser, Krebsky, in wichtiger Mission aus Paris nach Moskau zurückgekehrt und hat dem allrussischen Exekutivkomitee einen Plan vorgelegt, über den, allerdings noch nicht konkret, verschiedene wichtige Schlußpunkte bekannt geworden sind. Frankreich schlägt Rußland die Anerkennung der Vorstiegschulden vor und will eine Schuldentlastungskommission nach Moskau schicken, der die Beendigung dieser wichtigen Finanzfrage obliegen soll. Gleichzeitig soll Russland als Garantie für seinen ehrlichen Willen das Sowjet-System im Sinne einer Ausbildung des radikalen Flügels umgestalten und die Frage der Emigrantenrückkehr ins Auge fassen. Am 1. Januar hiermit dürfte die Rückwendung mit den Bürgern der Gegenrevolution beginnen. Großfürst Nikolai entfaltet vor Paris eine lebhafte Tätigkeit, aufscheinend mit dem Endziel, den Großfürsten Nikolai zum Vergleich auf seinen Thronanspruch zu bewegen. Am Baron Peter Wrangel und die Nikolai-fürer hat Nikolai verschiedene Bindungen geschaffen, in denen er sich als ernsthafter Führer für die nächste Zukunft empfiehlt. Es läuft sich nicht leugnen, daß Nikolai in russischen Kreisen, auch in Russland selbst, noch eine große Popularität besitzt und daß er wohl zur Zeit die meisten Ansichten von allen Kreisbewohnern hat, wenn er auch noch legitimistisch bleibt. Sicherlich weit außer der Reihe steht. Frankreich weiß nun, daß die Sowjetregierung sich augenblicklich, infolge Tod und Krankheit machender Verhältnisse und der Verstärkung der Hinrichtungen, in wenig angenehmer Lage befindet. Auf der anderen Seite ist die Kraft und Tätigkeit der Gegenrevolutionäre im Nachen. Die nach einheitlichem Gesichtspunkt geleiteten großen russischen Wirtschaftsverbände, die Vertretungen der russischen Banken, der Privat-eisenbahnen, der Ingenuen haben für die kommende Rente eine Kapitulation der Sowjetregierung auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten fordern. Die Sowjetregierung hat, um diesen Stich auszufangen, eine Befreiungskarte an die in Russland lebenden Russen gerichtet, in der sie Anerkennung der russischen Schulden und Übergang zur rein privaten Wirtschaftsordnung verpflichtet. Diese Entwicklung, die sich leider vorläufig über Deutschland hinweg zu vollziehen scheint, sucht Frankreich zu benennen.

## Frankosen und Separatisten.

Speyer. Die Frankosen und Separatisten mischen sich immer mehr in die Regelung der Erwerbslosenfürsorge ein. Den Bürgermeister ist es bei Strafe losgelöst Verbauung verboten, an die Erwerbslosen Gelder auszuzahlen, die ihnen von rechtsseitigen Seiten zugehen. Unter diesen Umständen wird es kaum möglich sein, den Erwerbslosen Unterhälftungen zuzulassen zu lassen, da eine Ausschöpfung deutscher Gelder durch die Separatisten nicht in Frage kommt.

Birmensdorf. Das schon öfter hervorgetretene Hand in Hand-Abkommen der Frankosen mit den Separatisten wird wieder durch folgenden Vorfall gezeigt: Ein Birmensdorfer Bürger, der von einem Separatisten verhaftet werden sollte, verlangte von diesem einen Ausweis. Der Separatist zeigte darauf einen vom französischen Bezirkdelegierten unterschriebenen Ausweis vor, auf dem vermerkt war, daß der Inhaber berechtigt sei, im Auftrag der autonomen Regierung der Walla Verbauungen vorzunehmen.

Ludwigshafen. Die Gemeinden Alsbach und Affenheim im Bezirk Ludwigshafen haben die ihren Bürgern abgewandten Treueerklärungen für die Separatistische Regierung in ordentlicher Gemeinderatsbildung als rechtsgültig widerzuweisen.

## Der Bezugspreis des Riesaer Tageblattes

beträgt für eine Woche vom 5. bis mit 11. Januar 1924

90 Pfennige

einschl. Bringerlohn frei Haus.

Wir bitten unsere Leser, durch Bereitstellen dieses Betrages und Bezahlung beim ersten Vorzeigen der Quittung den Zeitungsbetrieb die Arbeit des Einzelunternehmens zu erleichtern.

Verlag des Riesaer Tageblattes.